



## Niederschrift

### 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

|                        |                      |
|------------------------|----------------------|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Mittwoch, 26.08.2009 |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 17:00 Uhr            |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 19:29 Uhr            |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Stadthaus, R. 280 a  |

---

#### Anwesend sind:

|                                    |                       |              |
|------------------------------------|-----------------------|--------------|
| Herr Jakobs, Jann                  | Oberbürgermeister     |              |
| Frau Müller, Birgit                | DIE LINKE             |              |
| Frau Dr. Müller, Sigrid            | DIE LINKE             |              |
| Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen | DIE LINKE             |              |
| Frau Dr. Schröter, Karin           | DIE LINKE             |              |
| Frau Knoblich, Hannelore           | SPD                   | ab 17:18 Uhr |
| Herr Schubert, Mike                | SPD                   |              |
| Herr Wartenberg, Claus             | SPD                   |              |
| Herr Dr. Wegewitz, Hagen           | SPD                   |              |
| Herr Lehmann, Peter                | CDU/ANW               |              |
| Herr Schröder, Michael             | CDU/ANW               |              |
| Frau von Halem, Marie Luise        | Bündnis 90/Die Grünen |              |

#### Nicht anwesend sind:

|                                 |                       |              |
|---------------------------------|-----------------------|--------------|
| Herr Naber, Nils                | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |
| Frau Engel-Fürstberger, Martina | FDP/Familienpartei    | entschuldigt |

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Dr. Magdowski, GB 2  
Herr Ernst für den GB 3  
Herr Goetzmann für den GB 4  
Herr Schüler, Vorsitzender der StVV (bis 17:45 Uhr)  
Herr Weis, VIP  
Herr Heuer, Fraktion DIE LINKE  
Herr Kirsch, BürgerBündnis  
Herr Boede, Die Andere  
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt  
Frau Moll, Bereich Wirtschaftsförderung  
Frau Strotzer, Bürgerhaushalt  
Frau Kofer, Bereich Teilnehmendenmanagement  
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit  
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM

Schriftführerin:  
Frau Ziegenbein

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 08.07.2009
  
- 2 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)  
Vorlage: 09/SVV/0086  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3 Einführung Genderbudgeting  
Vorlage: 09/SVV/0243  
Fraktion DIE LINKE
  
- 4 Erste Änderungsvereinbarung zum Verkehrsleistungs- und finanzierungsvertrag  
Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel  
Vorlage: 09/SVV/0495  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
  
- 5 Sicherung des Fahrländer Sees und des Groß Glienicker Sees  
Vorlage: 09/SVV/0513  
Fraktion DIE LINKE
  
- 6 Durchsetzung der Stadtordnung in neuen Ortsteilen  
Vorlage: 09/SVV/0514  
Fraktion DIE LINKE
  
- 7 Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0532  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
  
- 8 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts  
Vorlage: 09/SVV/0536  
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
  
- 9 Externe Stellenbesetzung der Stelle 111 000 14  
Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Konzernrechnungslegung / Konzernberichtswesen  
Vorlage: 09/SVV/0685  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
  
- 10 Externe Stellenbesetzung der Stelle 150 000 05 - IT-Sicherheitsbeauftragte bzw. IT-Sicherheitsbeauftragter  
Vorlage: 09/SVV/0706  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 11 Besetzung der Stelle 903 000 24 - Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Wirtschaftsservice  
Vorlage: 09/SVV/0707  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 12 Besetzung der Stelle 903 000 25 Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Profilierung Wissenschaftsstandort  
Vorlage: 09/SVV/0714  
Oberbürgermeister, Verwaltungsmanagement
- 13 Umschuldung eines Kommunalkredites (Darlehen Nr. 41)  
Vorlage: 09/SVV/0731  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 14 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 14.1 Kaufhalle Schilfhof - Schaffung einer Übergangslösung für den Zeitraum der Umbaumaßnahmen und Information zur Problematik der Schließung der REWE-Kaufhalle im Zentrum-Ost
- 14.2 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde  
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179
- 15 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 08.07.2009**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Anschließend übergibt Herr Dr. Scharfenberg ca. 400 Unterschriften von Bürgern an den Oberbürgermeister, die sich damit gegen die Schließung der Kaufhalle in der Lotte-Pulewka-Straße aussprechen.

Bezüglich der Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche; die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 15. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08. Juli 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; sie wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2

**Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)**

**Vorlage: 09/SVV/0086**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schüler verweist auf die in der Arbeitsgruppe geführten Diskussionen auf Grundlage des Entwurfs vom Januar 2009 und der Hinweise aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27. Mai 2009. Im Ergebnis dessen wurde eine überarbeitete Fassung ausgereicht, in der die weiteren Änderungen kenntlich gemacht seien und zu den bislang geltenden Sätzen der Entschädigung zurückgefunden worden sei. Neu aufgenommen wurden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Stellvertreter des Vorsitzenden der StVV in Höhe von 150,00 Euro sowie eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden in Höhe von 50,00 Euro. Die neu geregelten Sätze für die Ortsvorsteher ergeben sich aus einem von ihnen selbst unterbreiteten Vorschlag, der mit allen Ortsvorstehern in der Beratung mit dem Oberbürgermeister am 09. Juni besprochen und mehrheitlich verabschiedet wurde. Die Summen setzen sich aus einem Sockelbetrag und einem von der Größe des Ortsbeirates abhängigen Teil sowie einer Kappungsgrenze für die großen Ortsbeiräte zusammen. Diese Empfehlung wurde in den Entwurf der Entschädigungssatzung übernommen. Neu sei ebenso, dass die Kinderbetreuungskosten jetzt den Aufwandsentschädigungen zugeordnet worden und auf monatlich 30 Stunden begrenzt worden seien. Darüber hinaus sei die Möglichkeit einer Härtefallregelung enthalten. Alle weiteren Änderungen seien redaktioneller Art bzw. ergeben sich sinngemäß in einer neuen Textfassung, wie z. B. bei den Passagen zum Verdienstaustausch, die sich weitestgehend an den bisherigen Regelungen anlehnen. Erkennbare Doppelungen, wie z. B. im § 6 Abs. 2, 2. Satz wurden gestrichen. Für die Sitzung der StVV am 02.09.2009 werde eine Fassung an die Mitglieder der StVV ausgereicht, in der alle Änderungen kenntlich gemacht werden.

Herr Exner bittet, in den Paragrafen 1 eine Ausnahmeregelung für den Umlegungsausschuss aufzunehmen, da für deren ehrenamtliche Mitglieder eine eigenständige Satzung erarbeitet werden solle.

Anschließend bringt Frau von Halem einen Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B 90 mit folgendem Wortlaut ein:

1. Alle pauschalen Aufwandsentschädigungen mit Ausnahme der Entschädigungen der Ortsvorsteher werden um 10 % gemindert.
2. Die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen der Ortsvorsteher werden um 30 % gemindert.
3. Von den hierdurch erzielten Einsparungen werden zwei Drittel eingesetzt, um die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen der Ausschussvorsitzenden zu erhöhen.
4. Die Aufwandsentschädigungen für die Stellvertreter der bzw. des Vorsitzenden der StVV werden auf denselben Betrag festgesetzt wie die zusätzlichen Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende.
5. In § 6 wird klarstellend eingefügt:  
„Für die Ausübung des Ehrenamts erforderliche zusätzliche Fahrzeiten werden bei der Erstattung von Verdienstaustausch angemessen berücksichtigt.“

**Begründung:**

Zu 1.: Die zu erwartenden Mindereinnahmen der Stadt zwingen in allen Berei-

chen zu Einsparungen. Davon sollen auch die Aufwandsentschädigungen der Stadtverordneten nicht ausgenommen werden.

- Zu 2.: Die Höhe der mit dem aktuellen Entwurf vorgeschlagenen zusätzlichen Aufwandsentschädigung lässt sich nach Auffassung der Antragsteller nicht durch tatsächliche Aufwendungen belegen. Der nachzuvollziehende erhöhte Aufwand für die Ortsvorsteher ist nach Überzeugung der Antragsteller mit der vorgeschlagenen zusätzlichen Aufwandsentschädigung angemessen ausgeglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Zeitaufwand der für die Ausübung des Ehrenamtes aufzuwenden ist, gerade nicht durch die **zusätzliche** Aufwandsentschädigung erstattet werden soll.
- Zu 3.: Der zusätzliche Aufwand der Ausschussvorsitzenden, insbesondere für die Vorbereitung der Ausschussberatungen, scheint mit dem bisherigen Vorschlag dagegen nicht angemessen ausgeglichen, so dass hier vorgeschlagen wird, diese geringfügig zu erhöhen.
- Zu 4.: Es scheint nach Auffassung der Antragsteller angemessen, den erhöhten Aufwand der Stellvertreter des Vorsitzenden der StVV genauso zu bemessen, wie den von Ausschussvorsitzenden. Weitere Gründe, einen deutlich höheren Aufwand anzunehmen, liegen nicht vor.
- Zu 5.: Es soll klargestellt werden, dass für die zur Erstattung von Verdienstaussfall Berechtigten auch zusätzlich erforderliche Wegezeiten, etwa Umwege vom Arbeitsort zum Ort der Ausübung des Ehrenamts, angemessen zu berücksichtigen sind, soweit der zusätzliche Zeitaufwand nachgewiesen und die Veranlassung durch das Ehrenamt belegt sind.

Mit den vorgeschlagenen Änderungen ergäben sich jährliche Einsparungen i.H.v. ca. 24.500 €.

Gegen das Rederecht für Herrn Boede, Gruppe Die Andere, erhebt sich kein Widerspruch. Er kündigt in seinen Ausführungen Änderungsanträge seiner Gruppe an, da es nicht sein könne, dass deren Mitglieder einerseits an Ausschusssitzungen teilnehmen und ihre Anträge einbringen sollen und andererseits kein Sitzungsgeld dafür erhalten. Gleiches gelte für Sitzungen der Gruppe in Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlungen.

Frau Dr. Müller führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE der jetzt vorliegenden Fassung zustimmen und den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 ablehnen werde. Sie meine, die Arbeit der Ortsvorsteher und der Ausschussvorsitzenden könne man nicht vergleichen und außerdem haben Ortsvorsteher großer Ortsteile bereits durch die Deckelung eine Minimierung ihrer Entschädigung von 25 % erfahren. Herr Schubert sieht es als schwierig an, nach der Einigung in der Arbeitsgruppe noch weitere Änderungen einzubringen und schlägt vor, diesen Änderungsantrag nochmals in den Fraktionen zu beraten, weil dazu noch keine Gelegenheit gewesen sei.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Entschädigungssatzung heute zur Kenntnis zu nehmen und abschließend in der StVV am 02.09. zu beraten und zu beschließen.

Frau Dr. Schröter fragt im Weiteren nach, wie die Summe der zusätzlicher Aufwandsentschädigung für die Stellvertreter des Vorsitzenden entstanden und wie dieser zusätzliche Aufwand zu belegen sei. Herr Schüler entgegnet, dass es keine belastbare Abschätzung des zusätzlichen Aufwandes der Stellvertreter des Vorsitzenden gebe und hier versucht worden sei, zwischen dem Bereich des Vorsitzenden der StVV und den Fraktionsvorsitzenden einen angemessenen Betrag zu finden. Anschließend bittet der Oberbürgermeister Herrn Schröder, für die Fraktion CDU/ANW Stellung zu nehmen. Herr Schröder verweist darauf, dass ihm bekannt gewesen sei, dass die Arbeitsgruppe einen Kompromiss gefunden habe, dem auch seine Fraktion zustimmen könne.

Herr Dr. Scharfenberg äußert Bedenken bezüglich einer Diskussion der Entschädigungssatzung im Rahmen der Sitzung der StVV, denn angesichts der vollen Tagesordnung seien da schnell 30 Minuten weg. Er schlägt vor, die Drucksache bei größerem Klärungsbedarf zurückzustellen und erst abschließend im Oktober zu behandeln. Nach so langer Diskussion wundere er sich über weitere Änderungsanträge im „Finale“ der Diskussion und bittet, auch die von Herrn Exner vorgeschlagene Änderung in die auszureichende Fassung einzuarbeiten. Dies sagt Herr Schüler zu, so dass alle Stadtverordneten die vorgenommenen Änderungen nachvollziehen können.

Der Oberbürgermeister betont abschließend nochmals, dass bereits in der Sitzung des Ältestenrates über eine evtl. Zurückstellung bei größerem Diskussionsbedarf gesprochen werden sollte.

**Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.**

### zu 3 **Einführung Genderbudgeting**

**Vorlage: 09/SVV/0243**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die vom Ausschuss für Finanzen einstimmig angenommene geänderte Fassung des Beschlusstextes mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem** Jahr 2010 **erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Frau Dr. Schröter übernimmt namens der Antragstellerin diese geänderte Fassung und wirbt für die Zustimmung des Hauptausschusses.

Herr Exner verweist seinerseits darauf, dass zur letzte Finanzausschusssitzung der Abteilungsleiter der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen eingeladen war, um darüber zu informieren, was Genderbudgeting im eigentlichen Sinne sei, denn Berlin sei das einzige Bundesland das dies eingeführt habe; eine Kommune die Genderbudgeting „mache“, kenne er nicht. Aus den Erfahrungen Berlins zeige sich, dass es lange brauche, um das aufzubauen, müsse vieles gezählt und erfasst werden. Letztlich stehe noch die Frage, was man mit den Ergebnissen anfangen wolle. In Potsdam, neben vielen anderen bereits laufenden, aber noch nicht abgeschlossenen Prozessen, einen neuen zu beginnen, halte er für schwierig. Da damit so ziemlich alle vorhandenen Kapazitäten erschöpft seien, schlage er vor, noch mindestens ein Jahr damit zu warten. Dem schließt sich Herr Schubert in seinen Ausführungen an und bittet, die Terminstellung noch einmal zu besprechen und nicht auf die laufenden Reformprozesse aufzusetzen. Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass mit dem Projekt schrittweise begonnen werden solle, ab dem Jahr 2010 – insofern sehe sie keine Notwendigkeit, damit erst 2011 zu beginnen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem** Jahr 2010 **erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 4

**zu 4 Erste Änderungsvereinbarung zum Verkehrsleistungs- und -finanzierungsvertrag**

**Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel**

**Vorlage: 09/SVV/0495**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist auf die einstimmige Zustimmung des Ausschusses für Finanzen und des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen. Im Weiteren beantwortet Herr Exner die Nachfragen von Herrn Boede, dem das Rederecht ohne Widerspruch gewährt wurde, sowie von Herrn Lehmann.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Erste Änderungsvereinbarung zum Verkehrsleistungs- und -finanzierungsvertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH (Anlage 1) sowie

Vereinbarung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Finanzierung der ü-ÖPNV-Leistungen der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH in Potsdam für die Jahre 2010 bis 2019 zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stadtwerke Potsdam GmbH (Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 5 Sicherung des Fahrländer Sees und des Groß Glienicker Sees**

**Vorlage: 09/SVV/0513**

Fraktion DIE LINKE

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen, so der Oberbürgermeister, habe der Vorlage mehrheitlich mit der Terminänderung auf „November 2009“ zugestimmt. Diese Änderung übernimmt Herr Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE und betont, dass Ziel dieses Antrags ein grundsätzlicher Bericht über den Sachstand sei. Es gebe zwar das Moratorium im Bundestag zum Verzicht auf die weiteren Privatisierung von Gewässern; das sei aber trügerisch, weil dies nur bis zum Jahresende gelte.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im **November 2009** einen Bericht zum Stand der Sicherung des öffentlichen Zugangs zum Fahrländer See und zur Einrichtung eines Uferrundweges vorzulegen.

Zugleich soll über den Stand der Zugänglichkeit des Groß Glienicker Sees informiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 6**      **Durchsetzung der Stadtordnung in neuen Ortsteilen**  
**Vorlage: 09/SVV/0514**  
Fraktion DIE LINKE

Nachdem der Oberbürgermeister die Voten der Ortsbeiräte zur Kenntnis gegeben hat, berichtet Frau Kluge über gute Erfahrungen mit der Durchsetzung der Stadtordnung in den neuen Ortsteilen, die in die Kontrollen des Ordnungsamtes ebenso mit einbezogen werden, wie das übrige Stadtgebiet. Allerdings liege der Schwerpunkt hier mehr bei Müllablagerungen oder der Nicht-Erfüllung von Anliegerpflichten und nicht unbedingt beim Falschparken. Darüber hinaus gebe es sehr gute Kontakte zu den einzelnen Ortsvorstehern. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es nicht das Anliegen des Antrags sei, die Verwaltung mit überflüssiger Arbeit zu belasten. Dieses Problem sei aus den Ortsteilen an die Fraktion herangetragen worden, eben weil die Gegebenheiten andere sind als im Potsdamer Stadtkern. Im Weiteren ändert er die im Beschlusstext genannte Terminstellung von September 2009 auf **Dezember 2009**. Frau Dr. Müller verweist ergänzend auf Beschwerden aus Marquardt hin, wo an den Wochenenden über einen total zugeparkten Ortsteil berichtet werde. Hier könne das Ordnungsamt viel Geld einnehmen. Obwohl es entsprechende Hinweise an das Ordnungsamt gegeben habe, erfolge keine Reaktion und somit gebe es Bedenken, dass sich das Ordnungsamt der Sache annehme. Frau Kluge entgegnet darauf, dass das Ordnungsamt einmal die „bösen Abzocker“ seien und ein anderes Mal die, die Geld einnehmen sollen. Die Probleme seien bekannt, aber mit 4 Mitarbeitern könne sie an den Wochenenden nicht die ganze Stadt frei von Ordnungswidrigkeiten stellen. Sie schlägt vor, dieses Thema zum Gegenstand der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern zu machen – der nächste Termin sei der 08. September 2009.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung der Stadtordnung in den neuen Ortsteilen zu ergreifen.

Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung im **Dezember 2009** ein entsprechender Maßnahmeplan vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung:      10  
Ablehnung:         0  
Stimmenthaltung:    2

**zu 7**      **Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 09/SVV/0532**  
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Oberbürgermeister informiert über die Stellungnahmen der Ortsbeiräte und die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen mit folgender Ergänzung:

„Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2009 über die Regeln des Härtefallfonds und die Modalitäten des Ehrenamtspasses zu unterrichten.

Die bereitzustellenden Mittel werden nur bis zur Höhe der jeweiligen Eckwerte-Beschlüsse zur Verfügung gestellt.“

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er sich über das vorliegende Konzept freue und auch darüber, dass es im Jahr 2010 einen Ehrenamtspass geben werde. Er fragt, ob das ab dem 01.01. der Fall sei oder erst im Laufe des Jahres. Herr Ernst entgegnet, dass organisatorische Vorläufe dazu führen, den Ehrenamtspass erst im Laufe des Jahres anbieten zu können, was aber nicht Ende des Jahres bedeute. Derzeit sei die Verwaltung mit Beteiligten im Gespräch, wie Rabatte und Leistungen ausgereicht werden können. Der Oberbürgermeister verweist auf die mit den Ergänzungen des Ausschusses für Finanzen, mit der im Dezember 2009 über die Regeln zu berichten sei, womit sich derartige Fragen dann auch klären.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (Anlage 1) einschließlich dem Arbeitsplan zur Umsetzung der Aufgaben (Anlage 2)

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2009 über die Regeln des Härtefallfonds und die Modalitäten des Ehrenamtspasses zu unterrichten.

Die bereitzustellenden Mittel werden nur bis zur Höhe der jeweiligen Eckwerte-Beschlüsse zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

zu 8

### **Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts**

**Vorlage: 09/SVV/0536**

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Eingangs informiert der Oberbürgermeister über die Stellungnahmen der Ortsbeiräte und das ablehnende Votum des Ausschusses für Finanzen. Anschließend erläutert Herr Boede die an alle Mitglieder des Hauptausschusses schriftlich ausgereichte Argumentation seiner Gruppe zu den Quartiersfonds. In der sich anschließenden Diskussion betont Frau von Halem für die Fraktion Grüne/ B 90, dass diese den vorliegenden Antrag aus formalen Gründen (die Stadt Potsdam habe z. B. keine Quartiersmanager) sowie wegen der Höhe der Kosten ablehnen werde. Herr Schubert fragt, in welcher Größe Die Andere Quartiere definiere, denn dieser Begriff sei in Potsdam nicht unterlegt, weil hier mit Sozialräumen gearbeitet werde. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er das Anliegen unterstütze, immer mehr Bürger einzubeziehen. Der vorliegende Antrag könne aber in der vorliegenden Form nicht umgesetzt werden, so dass die Frage stehe, ob eine Überarbeitung des Antrags möglich sei. Trotzdem werde er der Drucksache zustimmen, um ein Signal zu setzen. Ebenso betont der Oberbürgermeister, dass die Intuition des Antrags zu verstehen, dieser aber in der vorliegenden Form nicht umsetzbar sei. Deshalb empfehle er, diesen jetzt nicht abzustimmen und zu qualifizieren. Eine derartige Anpassung und Präzisierung, so Herr Schubert, könne in der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt erfolgen, um das Anliegen nicht so allgemein zu halten. Herr Schröder betont, dass hier von ca. 4 Mio Euro gesprochen werde, die er „nicht so aus der Hand geben“ wolle, weil neben einem fehlendem Controlling auch die kleinteiligen Maßnahmen nicht benannt seien.

Der anschließend gestellte **Geschäftsordnungsantrag**, dass der Hauptausschuss die Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt bittet, sich dem Anliegen anzunehmen und im Oktober/November einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten sowie zu den Beratungen die Fraktionen und Gruppen einzuladen, wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

- zu 9 Externe Stellenbesetzung der Stelle 111 000 14  
Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Konzernrechnungslegung / Konzernberichts-  
wesen  
Vorlage: 09/SVV/0685  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service**

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 111 000 14 Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Konzernrechnungslegung / Konzernberichts-  
wesen im Bereich Beteiligungsmanagement wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

- zu 10 Externe Stellenbesetzung der Stelle 150 000 05 - IT-Sicherheitsbeauftragte  
bzw. IT-Sicherheitsbeauftragter  
Vorlage: 09/SVV/0706  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement**

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 150 000 05 IT - Sicherheitsbeauftragte bzw. IT - Sicherheitsbeauftragter im Servicebereich Verwaltungsmanagement wird unbefristet mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

- zu 11 Besetzung der Stelle 903 000 24 - Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin  
Wirtschaftsservice  
Vorlage: 09/SVV/0707  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement**

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Wirtschaftsservice, Kennziffer 903 000 24 wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

- zu 12 Besetzung der Stelle 903 000 25 Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Profilierung Wissenschaftsstandort**  
**Vorlage: 09/SVV/0714**  
Oberbürgermeister, Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Profilierung Wissenschaftsstandort, Kennziffer 903 000 25 wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

- zu 13 Umschuldung eines Kommunalkredites (Darlehen Nr. 41)**  
**Vorlage: 09/SVV/0731**  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Der Hauptausschuss beschließt:

Das Darlehen des OT Fahrland wird mit einem Restschuldbetrag in Höhe von 149.053,66 EUR zum Umschuldungszeitpunkt 30.09.2009 unter Berücksichtigung des Runderlasses zum Kreditwesens des Ministeriums des Innern, Nr.7 / 2003 vom 01.08.2003 zu den folgenden Bedingungen umgeschuldet:

- Annuitätendarlehen
- anfängliche Tilgung von 1,44 % p.a.
- vierteljährlich fällig
- Ausschluss einer generellen Abtretungsregelung für den Gläubiger
- maximaler Nominalzinssatz von 6,0% bei einer maximalen Zinsbindung von 10 Jahren.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

- zu 14 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 14.1 Kaufhalle Schilfhof - Schaffung einer Übergangslösung für den Zeitraum der Umbaumaßnahmen und Information zur Problematik der Schließung der REWE-Kaufhalle im Zentrum-Ost**

Der Oberbürgermeister verweist auf am gestrigen Tag geführte Gespräche mit der REWE-Gruppe und der definitiven Aussage, die Kaufhalle im Zentrum-Ost schließen zu wollen, da der Standort nicht rentabel sei. Gesprochen wurde zwar auch über Möglichkeiten, an diesem Standort zu verbleiben - dazu benötige Rewe aber eine größere Fläche, die das Gebäude der ehemaligen Schülerspeisung umfasse, das Gebäude, wo jetzt Sparkasse, Reisebüro u.a. untergebracht seien sowie eine weitere städtische Fläche, die jetzt Parkplatz sei. Das ergebe ca. 10.000 m<sup>2</sup> und habe dann ein ähnliches Volumen, wie die heute eröffnete Kaufhalle am Schlaatz. REWE prüfe das noch einmal – auch unter dem Aspekt der vorhandenen Kaufkraft in der Umgebung – und werde das Ergebnis in ca. 14 Tagen vorlegen. Die Verwaltung werde ihrerseits in den 14 Tagen die planerischen Voraussetzungen abchecken. In einem nächsten Termin in ca. 3 Wochen werde man sich darüber austauschen, ob das ein gangbarer Weg sei und dann weitere Maßnahmen verabreden. Sollte der Standort unter den genannten Voraussetzungen

geeignet sein, werde REWE über eine Schließung im September nachdenken. Sollte das Ergebnis so ausfallen, dass REWE den Standort nicht aufrecht erhalten wolle, werde die jetzt genutzte Fläche durch REWE zur Verfügung gestellt. Es gebe bereits andere Interessenten für diesen Standort. Da die o.g. Flächen unterschiedliche Eigentümer habe, seien durch die Verwaltung bereits Gespräche aufgenommen worden. Die in der Diskussion erwähnte Verlagerung des Standortes durch REWE werde seitens der Stadt abgelehnt, es sei denn, der Standort ist im Einzelhandelskonzept verankert.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass sich der Protest der Einwohner gegen die Aufgabe des jetzigen Standortes gerichtet habe. Nun gebe es zumindest den Ansatz einer Lösung, die sich mit den Bürgerinteressen im Zentrum Ost decke.

Herr Goetzmann berichtet im Weiteren über die Kaufhalle im Schilfhof, die jetzt parallel mit der Eröffnung des neuen Standortes geschlossen werde. Ein Ersatz sei nicht vorgesehen – dafür bestehe nach den vertraglichen Regelungen auch kein Anspruch. Für das an Stelle der alten Kaufhalle zu errichtende Objekt sei derzeit die Finanzierung auf Grund nicht gesicherter Kredite problematisch, was aber nichts an den Bedingungen des städtebaulichen Vertrages ändere.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE für die nächste Sitzung der StVV, wo es um die Vermittlung geeigneter Räumlichkeiten für eine Übergangslösung gehe. Das Problem für so genannte „Beuterkunden“ erledige sich nicht im Selbstlauf, sondern bedürfe der Unterstützung der Stadt. Herr Goetzmann verweist darauf, dass der Vorhabenträger der einzige Ansprechpartner der Stadt sei und die Stadt eben keinen Anspruch auf eine Übergangslösung habe, sondern nur Anregungen geben könne. Herr Dr. Scharfenberg betont nochmals, dass es natürlich um die Durchsetzung des städtebaulichen Vertrags gehe; trotzdem bitte er die Stadtverwaltung zu prüfen, ob geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, auch in dem Wissen, dass das nicht einfach sei.

Gegen das Rederecht für Herrn Heuer erhebt sich kein Widerspruch; er regt an den vorhandenen Marktplatz mit mobilen Verkaufseinrichtungen dafür zu nutzen.

#### **zu 14.2    Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde gemäß Beschluss: 09/SVV/0179**

Der Oberbürgermeister informiert über einen Gesprächstermin am 07. September mit Vertretern des Landes und der russisch-orthodoxen Gemeinde, an dem auch Vertreter der Landesdenkmalpflege und Vertreter der örtlichen Denkmalpflege teilnehmen. Unter seiner Leitung werde man versuchen, eine Einigung zu erzielen. Von der Stadt sei mittlerweile eine weitere Stellungnahme abgefordert worden, die ihm heute zur Unterschrift vorgelegt worden sei. Mit welchem Ergebnis das Gespräch ende, sei derzeit nicht klar.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf das am 12. September stattfindende Kirchenjubiläum und fragt, ob es eine Chance gebe, dass in dem Gespräch mehr herauskomme als das man nur darüber geredet habe – also eine Chance für eine Lösung, denn es handele sich hier um ein berechtigtes Anliegen der russisch-orthodoxen Gemeinde. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es entweder eine Einigung, eine Alternative oder eine Entscheidung des Ministerpräsidenten geben werde, wobei es nach den beiden erst genannten Möglichkeiten nicht so aussehe.

#### **zu 15    Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den am 03.06.09 gefassten Beschluss zum

Projekt freiLAND, verbunden mit dem Auftrag, im September eine Beschlussvorlage mit einem Rahmenkonzept vorzulegen. Bisher habe er in den Unterlagen eine entsprechende Vorlage nicht finden können und fragt nach, ob zu dem auf der Tagesordnung der StVV stehenden Punkt eine Beschluss- oder eine Mitteilungsvorlage vorgelegt werde, wobei letzteres nur eine Zustandsbeschreibung und kein Konzept sein könne.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass mit dem nächsten Postversand eine Mitteilungsvorlage ausgereicht werde, auf deren Grundlage jeder die Möglichkeit habe, entsprechende Anträge zu stellen. Damit, so Herr Dr. Scharfenberg, habe der Oberbürgermeister den Beschluss der StVV nicht umgesetzt, so dass er vermute, die Stadt wolle nur „Zeit schinden“. Der Oberbürgermeister fordert dazu auf, sich die Mitteilungsvorlage erst einmal anzusehen und in der StVV oder den Ausschüssen zu besprechen.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf eine durch Die LINKE gestartete Blitzumfrage auf dem diesjährigen Sommerfest, bei der sich 97 % der Befragten für den Erhalt des Standortes am Brauhausberg ausgesprochen hätten. Dies werde dem Oberbürgermeister nochmals schriftlich übermittelt.

Der Oberbürgermeister erinnert an die Verabredung im Hauptausschuss, Anfang September über die weitere Verfahrensweise zu informieren. Nach einer Verständigung mit den Akteuren in der nächsten Woche könne er in der nächsten Hauptausschusssitzung präzisiertere Informationen geben.

Darüber hinaus verweist Herr Dr. Scharfenberg auf das Antragsformular zum kostenlosen Schulessen und fragt, ob die erleichterte Antragstellung übernommen und mit Beginn des neuen Schuljahres wirksam werde. Frau Dr. Magdowski bejaht die Frage, weil dies auch vereinfachend für die Verwaltung sei, ebenso werde auf die Unterschrift der Schulleiter verzichtet. Ein Hinweis auf den Härtefallfonds sei in das Antragsformular übernommen worden – alle diese Maßnahmen werden mit Beginn des Schuljahres greifen.

Eine weitere Frage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf den Stand zur Tierheimausschreibung und den aktuellen Sachstand dazu. Herr Ernst verweist auf das noch laufende Verfahren der Ausschreibung. Zwei Angebote seien eingegangen und die Frist für die Abgabe abgelaufen. Die Zeitschiene für die weiteren Schritte habe Frau Elona Müller in der Hauptausschusssitzung am 08. 07.09 zur Kenntnis gegeben,

Frau Dr. Schröter verweist auf Informationen, dass für Mittel aus dem Konjunkturprogramm für UNESCO-Welterbestätten die Kofinanzierung der Stadt fehle und fragt, ob das so bleiben werde. Herr Goetzmann entgegnet, dass der Kofinanzierungsanteil der Stadt und der Termin der Bereitstellung der Konjunkturmittel derzeit zu klären seien. Dahinter verberge sich das Problem, dass diese Mittel zu spät ausgezahlt und ein Abfluss von rund 2,3 Mio noch in diesem Jahr erwartet werde. Wenn dies nicht erfolge, ergebe sich für die Stadt eine erhebliche Zinslast, was nicht zu vertreten sei.

Bezug nehmend auf die immer noch nicht durchgesetzte öffentliche Zugänglichkeit des Kaiserbahnhofs fragt Frau Dr. Schröter, was der Oberbürgermeister dafür tue, um den neuen Bahnchef darauf hinzuweisen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er die Anregung gern aufnehme, denn mit dem neuen Bahnchef habe er noch nicht gesprochen

Im Weiteren verweist Frau Dr. Schröter auf das Bauvorhaben der Pro Potsdam im Norden der Stadt und die dort zu erwartenden Mieten, die weit über dem Miet-

spiegel liegen würden. Auf ihre Nachfrage, was der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrates dagegen tun werde, sagt dieser eine Prüfung zu.